

Nationaler Feuerwaffenverein Österreich

An das
Bundesministerium für Inneres
Herrengasse 7
1010 Wien

via Email: bmi-III-1@bmi.gv.at; begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Entwurf Bundesgesetz, mit dem das Waffengesetz 1996 geändert wird
Stellungnahme des NFVÖ

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

In obiger Angelegenheit gibt der Nationale Feuerwaffenverein Österreich (kurz: NFVÖ) zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Waffengesetz 1996 geändert wird (geändert werden soll), nachstehende

STELLUNGNAHME

wie folgt ab:

A.

PRÄAMBEL:

Der NFVÖ versteht sich als subjektiver Interessensvertreter sämtlicher legaler Waffenbesitzer.

Gerade in Ansehung dessen soll betont werden, dass die nachstehende Stellungnahme zu Punkt **B.** unter sorgfältiger Bedachtnahme auf die nachfolgend skizzierten Aspekte erfolgt:

Nationaler Feuerwaffenverein Österreich
Bartensteingasse 16/2/11, 1010 Wien, www.nfvoe.at
T. +43 1 402 0925, F. +43 1 402 0925 20, M. office@nfvoe.at
ZVR-Zahl 893103519, DVR 0003506
IBAN: AT50 2060 2000 0034 1644

- Abwägung der Interessenslage der Waffenbesitzer contra öffentliche Interessen; der Waffenbesitzer soll hinsichtlich des Besitzes und der Verwendung der Waffen im Rahmen eines demokratischen Verständnisses bei Vorliegen der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit geringst möglich eingeschränkt werden;
- Das Regelwerk soll für die Vollziehung „administrabel“ sein;
- vollständige Kompatibilität des waffenrechtlichen Reglements mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen wie insbesondere dem Sachlichkeitsgebot;
- notwendige Kongruenz mit den europarechtlichen Vorgaben.

B.

STELLUNGNAHME:

Die Stellungnahme bezieht sich auf die angeführten Paragraphen eines Bundesgesetzes, mit dem das derzeit geltende Waffengesetz geändert werden soll.

Ad § 11 b Abs 1 (Legaldefinition Sportschütze):

Der NFVÖ begrüßt grundsätzlich die Schaffung einheitlicher Voraussetzungen für die Qualifizierung eines Sportschützen. Dies umso mehr, als dass dieser Begrifflichkeit auch eine erhöhte Zuverlässigkeit im waffenrechtlichen Sinne inhärent ist.

Nationaler Feuerwaffenverein Österreich



Ad § 11 b Abs 2 (Legaldefinition Schießsportverein):

Nach Auffassung des NFVÖ engt jegliche gesetzliche Klarstellung durch eine Legaldefinition Ermessensentscheidungen einer Behörde (hier: der Waffenbehörde) im Sinne einer vorgegebenen Rechtssicherheit ein. Dadurch bleibt für tatsächliche oder aber auch nur „gefühlte“ Willkür de jure wie auch de facto weniger Spielraum.

Im Grunde des Gebots der Sachlichkeit ist zu hinterfragen, ob im Rahmen der Legaldefinition des „Schießsportvereins“ notwendigerweise auf die Anzahl der ordentlichen Mitglieder abzustellen ist/abgestellt werden muss, oder aber ob nicht auch andere Kriterien wie beispielsweise der Umstand einer behördlich genehmigten Schießanlage beispielsweise als Eventualoption gleichermaßen klarstellend wirken könnte.

Ad § 11 b (regelmäßige Schießsportausübung):

Den Legaldefinitionen in Abs 3 leg cit wird nicht gegengetreten.

Ad Punkt 37.; zu § 17 Abs 1 (Magazinbeschränkung):

Es wird seitens des NFVÖ generaliter die Auffassung vertreten, dass die Magazinbeschränkung für Sportschützen (welche nunmehr legal definiert sind) in Ansehung der inhärenten erhöhten waffenrechtlichen Zuverlässigkeit der Sportschützen von vornherein auszunehmen sind/wären. Es scheint bei Wegfall einer Magazinbeschränkung für Sportschützen eine höhere verfassungsrechtliche Harmonisierung insbesondere mit dem Gleichheitsgrundsatz (Art 7 B-VG; Art 2 StGG) vorzuliegen, weil widrigenfalls jedenfalls

prima vista nicht zu erkennen ist, aus welchen sachlichen Erwägungen auch der Sportschütze von der Magazinbeschränkung betroffen sein sollte; dies – nach Auffassung des NFVÖ – auch unbeschadet der europarechtlichen Vorgaben.

Ad Punkt 48.; § 22 Abs 2 WaffG in der derzeit geltenden Fassung („Waffenpass“):

Nach Auffassung des NFVÖ wäre im Gesetz zu determinieren, dass via Verordnung diese Regelung auch auf andere gefährdete Berufsgruppen ausgeweitet werden kann. Dies insbesondere auch in Ansehung des verfassungsrechtlichen Umstandes, dass „durch den Verlauf der Zeit“, heutzutage bedingt durch die raschen gesellschaftlichen Änderungen neue Sicherheitsrisiken betreffend bestimmter Berufsgruppen entstehen können. Dem Herrn Bundesminister für Inneres sollte daher eine entsprechende Verordnungsermächtigung eingeräumt werden.

Ad Punkt 49.; § 23 Abs 2/2 a WaffG (Anzahl der Schusswaffen):

Der NFVÖ ist der Auffassung, dass die Anzahl der Schusswaffen der Kategorie B, die der Berechtigte besitzen darf, nach der ersten Erhöhung auf (höchstens) 5 Schusswaffen der Kategorie B, unlimitiert zu sein hat. Die Überlegung rekrutiert sich insbesondere aus der Praxis, wonach Sportschützen vielfach mit 10 Schusswaffen der Kategorie B nicht das Auslangen finden können, wollen sie den Schießsport entsprechend ausüben, andererseits aber auch auf der rechtlichen Überlegung, dass gerade ein legal definierter Sportschütze im Hinblick auf den dadurch bedingten Umgang mit den Schusswaffen von vornherein de facto eine „erhöhte“ waffenrechtliche Zuverlässigkeit hat, welche eine uneingeschränkte Anzahl von Schusswaffen legitimiert. Das Festmachen an einer Höchstzahl (hier von 10 Schusswaffen der Kategorie B) erschiene (auch) verfassungsrechtlich äußerst bedenklich, zumal im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz und damit dem Sachlichkeitsgebot rechtlich nicht argumentierbar.

Nationaler Feuerwaffenverein Österreich



C.

FAZIT:

Der NFVÖ tritt mithin der in Begutachtung befindlichen Modifikation des Waffengesetzes bei Berücksichtigung der Anmerkungen wie vor wie auch auf Basis der Annahme eines rechtsstaatlichen „liberalen“ Vollzugs nicht entgegen.

Der Vorstand: Dr. Karl-Heinz Plankel, Präsident

Markus Heim, Vizepräsident

Denis Dobler, CFO

Wien, am 04.11.2018

Für den Vorstand:
Dr. Karl-Heinz Plankel